

Streitgespräch mit: Christian Amsler und Marcel Montanari

Nach der EKS-Aktien-Affäre ist das Vertrauensverhältnis zwischen Regierungsrat und Kantonsparlament angeschlagen. Im SN-Gespräch suchen der Regierungspräsident und der Chef der Geschäftsprüfungskommission Auswege aus der Krise.

«Wir wollen nicht überpowern...»

Mark Liebenberg

Eine Aussprache mit der Regierung, separate Pressemitteilungen, harsche Worte – der EKS-Aktien-Deal und der diese Woche den Medien vorgestellte Schlussbericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat noch einmal heftige Turbulenzen ausgelöst.

Regierungspräsident Christian Amsler, wie zerschlagen ist das Geschirr zwischen Parlament und Regierung?

Christian Amsler: Wir haben es sehr geschätzt, dass diese Aussprache mit der Geschäftsprüfungskommission bei uns am Rande der Regierungssitzung stattfinden konnte. Beide Seiten konnten ganz sachlich im Gespräch ihre Positionen darlegen. Wir anerkennen, dass die Geschäftsprüfungskommission aus ihrer Sicht aufgrund der Tragweite des Geschäfts gerne umfassender und früher informiert worden wäre. Das konnte im vorliegenden Fall aus einer Reihe von Gründen, die wir verschiedentlich erläutert haben, nicht geschehen.

Herr Montanari, die GPK hat zur Angelegenheit eigens eine Pressekonferenz einberufen. Ist die Lage so ernst?

Marcel Montanari: Grundsätzlich erstatten wir dem Kantonsparlament Bericht. Diesmal war zu erwarten, dass das Medieninteresse gross sein würde, deshalb haben wir uns zu einem öffentlichen Auftritt entschieden.

Die GPK kommt zum Schluss, dass keine Gesetze gebrochen wurden, und ob der Aktienverkauf nun richtig war oder nicht, beantwortet die GPK ebenfalls nicht. Viel Lärm um nichts also?

Montanari: Nein, der Unmut über das Verhalten der Regierung sitzt tiefer. Die klar zum Ausdruck gebrachte Meinung der Parlamentsmehrheit, dass EKS-Aktien vorerst nicht weiterverkauft werden sollten, wurde schlicht ignoriert. Das Ganze ist eine Frage der Kommunikationskultur. Wie sollen die beiden Gremien miteinander umgehen? Soll sich jeder stur in seinen Kompetenzbereich zurückziehen und dort Entscheide fällen, oder gehört es dazu, dass man die Meinungslage ernst nimmt und sich austauscht? Ich attestiere der Regierung ja sogar, dass sie in der Sache nach bester Überzeugung entschieden hat. Das rechtfertigt es aber nicht, dass uns trotz mehrmaligem explizitem Nachfragen Informationen vorenthalten wurden.

Herr Amsler, unter anderem fordert die GPK von der Regierung Selbstkritik: Was hätte der Regierungsrat anders, besser machen müssen?

«Man kann immer daraus lernen. Aber in der Sache werden wir sicher nicht zu Kreuze kriechen.»

Christian Amsler, FDP
Regierungspräsident

Amsler: Ich denke, immer wenn etwas passiert, kann man daraus lernen. Aber wir werden in der Sache selbst nicht zu Kreuze kriechen. Ich halte fest – und auch die GPK kommt zu keinem anderen Schluss –, dass die Regierung innerhalb ihrer verfassungsmässigen und gesetzlichen Aufgabenteilung gehandelt hat. Wir hatten dabei das Wohl des Kantons und der Stromkunden vor Augen, und ich muss schon sagen,



«Befremdlich ist, dass wir plötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt wurden» – die Kritik von GPK-Präsident Marcel Montanari an der Kommunikationsstrategie der Regierung ebbt nicht ab. Links: Regierungsrat Christian Amsler.

BILD SELWYN HOFFMANN

eigentlich bin ich stolz auf diesen Deal, der den Einfluss des Kantons Schaffhausen beim EKS stärkt ohne Kapitalabfluss, das heisst, ohne dass der Kanton sehr viel Geld musste. Zudem bleiben die Aktien in der öffentlichen Hand.

Wäre aber dieses Geschäft nicht noch besser legitimiert, wenn die Oberaufsicht des Parlaments eingeweiht gewesen wäre?

Amsler: Es handelt sich um ein sensibles Anlagegeschäft, es ging um 53 Millionen Franken. Wir hatten mit den Käufern Stillschweigen vereinbart. Ich kann wie gesagt verstehen, dass dies dann zu der aktuellen kommunikativen Verstimmung geführt hat. Aber ein Teil der Empörung ist jetzt auch übertrieben und aus der Hüfte geschossen. Und es werden der Regierung zu Unrecht einseitig schlechte Noten verteilt. Ich halte nichts von Empörungspolitik!

Laut dem GPK-Bericht war der ganze Aktiendeal ein einsamer Entscheid der Regierung, der bereits Mitte Oktober fiel. Trifft es zu, dass die Regierung den Deal von Anfang an selber durchziehen wollte?

Amsler: «Einsam» war der Entscheid sowieso nicht. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Regierungsrat ein vom Volk gewähltes, politisch breit aufgestelltes Gremium ist, das laut Verfassung im besten Interesse des Kantons entscheidet – und in diesem Anlagegeschäft im Finanzvermögen klar die Entscheidkompetenz hatte. Ich will niemandem zu nahe treten, aber das war ein schwieriger Entscheidungsprozess, indem in nur drei Monaten unter Beizug von Finanz- und Energieexperten und der beteiligten Unternehmen schnell und richtig gehandelt werden musste. Da standen sensible Informationen auf dem Spiel.

Montanari: Aber es gab zwischen Oktober und Dezember ja dann noch Vorstösse im

Stein des Anstosses – der EKS-Aktien-Deal

Ende Dezember 2017 hat die Schaffhauser Kantonsregierung ihr Vorkaufsrecht genutzt, von der Axpo eine 25-Prozent-Beteiligung am Schaffhauser Elektrizitätswerk (EKS) zurückgekauft und einen Teil davon gleichzeitig an Energie Thurgau (EKT) veräussert. Weder Kantonsrat noch GPK waren informiert. Das Parlament hatte sich zuvor sogar noch gegen jeglichen Weiterverkauf von EKS-Aktien ausgesprochen.

Parlament, die Forderung war klar und hatte genau das Gegenteil von dem zu Ziel, was dann passierte, nämlich die Aktien zurückzukaufen und mit dem Weiterverkauf zuzuwarten. Den Zeitdruck und das Stillschweigen hat sich die Regierung selber auferlegt.

Amsler: Wir haben alle Varianten geprüft und uns für eine entschieden. Man kann darüber geteilter Meinung sein, klar. Ob das Ergebnis das richtige ist, ist eine politische Frage. Im Kantonsrat gibt es darüber ja eine ganze Palette von Meinungen!

Montanari: Was hätte es denn gebraucht, damit sich die Regierung noch hätte umstimmen lassen?

Amsler: Wir mussten eine Abwägung vornehmen und haben Entscheide gefällt und sie dann durchgezogen. Dazu stehe ich.

Wurde damals im Regierungsrat diskutiert, ob man die GPK einweihen sollte?

Amsler: Ja.

Wieso hat man es nicht getan?

Amsler: Das war ein regierungsinterner Entscheid, den ich hier nicht erläutere.

Gab es bei der Regierung ein Misstrauen, dass die sensiblen Informationen in der GPK nicht gut aufgehoben sein könnten?

Amsler: Nein, wir haben uns schlicht und einfach für unseren Weg entschieden.

Als Bürger fragt man sich natürlich, welche Regeln es beim Informationsaustausch zwischen Regierung und GPK gibt. Mit welcher Begründung kann die Regierung sogar Informationen vorenthalten?

Montanari: Das ist im Gesetz geregelt. Im konkreten Fall heisst es, dass die Regierung die GPK vor der Ausübung ihrer Aktionärsrechte konsultieren muss. Dies

kann nun unterschiedlich ausgelegt werden. Sicher ist, dass die Regierung von sich aus hätte informieren können.

Amsler: Das ist ja auch erprobt in anderen Fällen. Wir befinden uns permanent im Dialog, auch wenn es um vertrauliche Angelegenheiten geht. Hier war es aber ein solitäres Geschäft mit einer klaren Zuständigkeit der Exekutive.

Montanari: Das kann ich sogar unterschreiben. Regierung und Kommission haben bisher ein offenes Verhältnis gehabt, eine offene Kommunikationskultur gepflegt. Deshalb ist das Befremden so gross, dass man plötzlich vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Die Informationspflicht will die GPK deshalb neu definieren, richtig?

Montanari: Uns widerstrebt es eigentlich, zusätzliche neue Gesetze und Reglemente zu schaffen. Aber aus unserer Sicht ist glasklar: Sollte sich nach den jüngsten Ereignissen

«Die Forderung aus dem Parlament war klar. Den Zeitdruck hat sich die Regierung selbst auferlegt.»

Marcel Montanari, JFSH
Präsident GPK des Kantonsrates

nissen die Informationskultur zwischen den beiden Gremien in der nächsten Zeit nicht merklich verbessern, dann kommen wir nicht darum herum. Und müssten die Pflichten ganz präzise definieren. Hier sind wir nun gespannt auf das künftige Verhalten der Regierung.

Fortsetzung auf Seite 18

Fortsetzung von Seite 17

«Wir wollen nicht überpowern...»

Welche Schritte wird denn nun die Regierung unternehmen, Herr Amsler?

Amsler: Ich finde, wir müssen gegenseitig respektieren, welche Aufgaben wir je haben. Und anerkennen, dass wir als Legislative und Exekutive unterschiedliche Rollen zum Wohle des Kantons Schaffhausen wahrnehmen. Vielleicht hilft es, sich einmal in die andere Rolle zu versetzen. Aus meiner Sicht wäre es bedauerlich, wenn wir jetzt wegen einer Unstimmigkeit Finanzkompetenzen beschneiden, das Aktienverkaufsrecht über den Haufen werfen und Informationspflichten neu regeln. Das wäre ein reines Überpowern.

Montanari: Wir wollen nicht überpowern. Für uns ist aber letztendlich zentral, dass wir als Geschäftsprüfungskommission Zugang zu den relevanten Informationen erhalten. Sonst können wir unseren Job nicht machen, nämlich die Oberaufsicht über die Regierungs- und die Verwaltungstätigkeit wahrnehmen.

Welches Fazit ziehen Sie beide nach der Aussprache zwischen der GPK und dem Regierungsrat am Dienstag?

Amsler: Ich schaue vorwärts. Ich denke, in den kommenden Wochen und Monaten stehen einige wichtige Entscheide an, womit Parlament und Regierung den Kanton voranbringen können. Die Regierung wird den Tatbeweis erbringen, dass wir gemeinsam zurückkehren können zum Courant normal.

Montanari: Ich denke, es war richtig und wichtig, dass wir die Unzufriedenheit im Parlament deutlich zum Ausdruck brachten. Ich bin ebenfalls zuversichtlich, dass aus der aktuellen Affäre das gegenseitige Bekenntnis zu einer besseren Kommunikationskultur entstehen kann.

Herr Amsler, Herr Montanari, danke für dieses Gespräch.